

Antrag 118/II/2019**KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Segregation im Berliner Schulsystem bekämpfen**

1 Die soziale Segregation im Berliner Schulsystem zeigt sich
 2 darin, dass wir zahlreiche Schulen haben, die überwie-
 3 gend von Kinder aus ärmeren Familien besucht werden,
 4 während es an anderen Orten in der Stadt Schulen gibt,
 5 die fast ausschließlich von Familien aus der Mittelschicht
 6 aufgesucht werden. Die Ursachen der Segregation sind
 7 vielschichtig und dennoch stellen immer mehr Studien ei-
 8 nen Zusammenhang zwischen dem Grad der Segregation
 9 in Schulen und den Ergebnissen in Leistungsvergleichen
 10 fest: je durchmischter die Klasse, desto besser die Leis-
 11 tung, vor allem der benachteiligten Schüler*nnen. Somit
 12 leistet die Durchmischung der Berliner Schulen einen Bei-
 13 trag zu deren Qualität und muss eines der zentralen Ziele
 14 der Berliner Bildungspolitik bleiben.

15

16 Im vergangenen Jahrzehnt haben wir mit der Schulstruk-
 17 turreform einen entscheidenden Schritt auf dem Weg zu
 18 mehr Durchmischung getan, die zeitgleiche Reform der
 19 Mittelzuweisung (Personal für Sprachförderung, Bonus-
 20 programm, Zulage für Lehrkräfte) ist ebenfalls ein wichti-
 21 ger Baustein gewesen. Wir müssen auf dieser Grundlage
 22 weiter aufbauen und nächste Schritte im Sinne einer ver-
 23 stärkten Durchmischung an Berliner Schulen gehen.

24 In diesem Sinne werden die sozialdemokratischen Mit-
 25 glieder des Abgeordnetenhauses und des Senats aufge-
 26 fordert, folgende Maßnahmen noch in dieser Legislatur
 27 auf den Weg zu bringen:

28

1. Stärkung der gymnasialen Oberstufen im Verbund

30 Die Schulstrukturreform der Nullerjahre und die damit
 31 einhergehende Abschaffung der Hauptschulen war ein
 32 entscheidender Baustein für mehr Durchmischung in un-
 33 seren Schulen. Das Versprechen der Gleichwertigkeit der
 34 beiden Säulen der Berliner Bildungslandschaft ist jedoch
 35 (noch) nicht zu Ende eingelöst. Insbesondere sind die Inte-
 36 grierten Sekundarschulen (ISS) und Gemeinschaftsschu-
 37 len (GemS) ohne eigene Oberstufe in den Fokus zu rü-
 38 cken. Wir müssen anerkennen: ISS und GemS mit eigener
 39 Oberstufe werden den entsprechenden Schulformen oh-
 40 ne eigener Oberstufe bevorzugt. Noch in dieser Legislatur
 41 soll daher schulgesetzlich und konzeptionell erreicht wer-
 42 den, dass jede weiterführende Schule selbst und nicht nur
 43 durch Kooperation mit Oberstufenzentren (OSZ) zu allen
 44 Abschlüssen führt. Dies kann sie entweder in Form einer
 45 eigenen Oberstufe, im Verbund mit weiteren ISS/GemS
 46 oder im Verbund mit einem OSZ machen. Die bisherige
 47 rein kooperative Form der Zusammenarbeit zwischen OSZ
 48 und ISS hat sich im Kampf gegen Segregation an Schu-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Die soziale Segregation im Berliner Schulsystem zeigt sich
 darin, dass wir zahlreiche Schulen haben, die überwie-
 gend von Kinder aus ärmeren Familien besucht werden,
 während es an anderen Orten in der Stadt Schulen gibt,
 die fast ausschließlich von Familien aus der Mittelschicht
 aufgesucht werden. Die Ursachen der Segregation sind
 vielschichtig und dennoch stellen immer mehr Studien ei-
 nen Zusammenhang zwischen dem Grad der Segregation
 in Schulen und den Ergebnissen in Leistungsvergleichen
 fest: je durchmischter die Klasse, desto besser die Leis-
 tung, vor allem der benachteiligten Schüler*nnen. Somit
 leistet die Durchmischung der Berliner Schulen einen Bei-
 trag zu deren Qualität und muss eines der zentralen Ziele
 der Berliner Bildungspolitik bleiben.

Im vergangenen Jahrzehnt haben wir mit der Schulstruk-
 turreform einen entscheidenden Schritt auf dem Weg zu
 mehr Durchmischung getan, die zeitgleiche Reform der
 Mittelzuweisung (Personal für Sprachförderung, Bonus-
 programm, Zulage für Lehrkräfte) ist ebenfalls ein wichti-
 ger Baustein gewesen. Wir müssen auf dieser Grundlage
 weiter aufbauen und nächste Schritte im Sinne einer ver-
 stärkten Durchmischung an Berliner Schulen gehen.

In diesem Sinne werden die sozialdemokratischen Mit-
 glieder des Abgeordnetenhauses und des Senats aufge-
 fordert, folgende Maßnahmen noch in dieser Legislatur
 auf den Weg zu bringen:

1. Stärkung der gymnasialen Oberstufen im Verbund

Die Schulstrukturreform der Nullerjahre und die damit
 einhergehende Abschaffung der Hauptschulen war ein
 entscheidender Baustein für mehr Durchmischung in un-
 seren Schulen. Das Versprechen der Gleichwertigkeit der
 beiden Säulen der Berliner Bildungslandschaft ist jedoch
 (noch) nicht zu Ende eingelöst. Insbesondere sind die Inte-
 grierten Sekundarschulen (ISS) und Gemeinschaftsschu-
 len (GemS) ohne eigene Oberstufe in den Fokus zu rü-
 cken. Wir müssen anerkennen: ISS und GemS mit eigener
 Oberstufe werden den entsprechenden Schulformen oh-
 ne eigener Oberstufe bevorzugt. Noch in dieser Legislatur
 soll daher schulgesetzlich und konzeptionell erreicht wer-
 den, dass jede weiterführende Schule selbst und nicht nur
 durch Kooperation mit Oberstufenzentren (OSZ) zu allen
 Abschlüssen führt. Dies kann sie entweder in Form einer
 eigenen Oberstufe, im Verbund mit weiteren ISS/GemS
 oder im Verbund mit einem OSZ machen. Die bisherige
 rein kooperative Form der Zusammenarbeit zwischen OSZ
 und ISS hat sich im Kampf gegen Segregation an Schu-

49 len als hinderlich erwiesen und ist daher abzulehnen. Der
 50 Ausbau der Verbundoberstufen, gerade in Regionen in
 51 schwieriger Lage muss, strategisch von den Schulaufsich-
 52 ten begleitet werden. Dazu gehört auch die Klärung des
 53 bezirklichen Konfliktes zwischen der Schaffung von Schul-
 54 plätzen im allgemeinbildenden Bereich auf der einen Sei-
 55 te und Schaffung der Oberstufenplätze auf der anderen
 56 Seite.

57

58 **2. Gleichlaufende Förderung innerhalb der GemS/ ISS-**
 59 **Säule**

60 Sozialdemokratische Politik darf die Gemeinschaftsschu-
 61 len und Integrierte Sekundarschulen nicht gegeneinan-
 62 der ausspielen. Beide verfolgen ein gemeinsames Ziel. Un-
 63 ser politisches Ziel für die Zukunft bleibt die Gemein-
 64 schaftsschule. Jedoch gilt es die bestehenden GemS und
 65 ISS im Gleichschritt weiterzuentwickeln und sie zu einer
 66 gemeinsamen, starken dem Gymnasium gleichgestell-
 67 ten Säule zu entwickeln. Anknüpfend an den Beschluss
 68 106/I/2019 soll die Stärkung der gemeinsamen ISS/GemS-
 69 Säule in dieser Legislatur folgende Punkte beinhalten:

70

- 71 • GemS werden bei Neugründungen von Schulen be-
 72 sondern berücksichtigt,
- 73 • freiwillige Fusionen von Grundschulen und ISS zu
 74 Gemeinschaftsschulen werden von Schulaufsichten
 75 positiv begleitet,
- 76 • diejenigen GemS und ISS, die sich besonders der In-
 77 klusion widmen, bekommen entsprechende personelle
 78 Unterstützung,
- 79 • der Zugang zu GemS und ISS wird jeweils kritisch be-
 80 trachtet und ggf. im Sinne einer höheren Durchlässig-
 81 keit reformiert.

82

83 **3. Neue Sozialindizes müssen her**

84 Das sozialdemokratische Leitprinzip “Beste Schulen in
 85 schwieriger Lage” heißt in der Praxis, dass die finanzielle
 86 und personelle Ausstattung der Schulen sich an der so-
 87 zialen Zusammensetzung der Schülerinnen und Schüler
 88 orientiert. Innerhalb der letzten zehn Jahre haben wir im-
 89 mer wieder nach diesem Ansatz agiert: sei es die perso-
 90 nelle Ausstattung, die Schulen in schwieriger Lage erheb-
 91 lich mehr Personal zumisst, das Bonusprogramm, das den
 92 Schulen mehr Geld zur freien Verfügung gewährt oder die
 93 finanzielle Zulage für Lehrkräfte, die an Schulen in schwie-
 94 riger Lage arbeiten - immer bildet der Sozialindikator die
 95 Grundlage für die besondere Mittelzuweisung. Auch zu-
 96 künftig soll sich die sozialdemokratische Bildungspolitik
 97 an diesen Kriterien orientieren. Der aktuelle Sozialindi-
 98 kator LmB (der die Anzahl der bisher lernmittelbefreiten
 99 SchülerInnen wiedergibt) wird jedoch wegen der einge-
 100 führten Lernmittelfreiheit generell wegfallen. Daher ist
 101 jetzt der richtige Zeitpunkt, um einen stabilen, möglichst

len als hinderlich erwiesen und ist daher abzulehnen. Der
 Ausbau der Verbundoberstufen, gerade in Regionen in
 schwieriger Lage muss, strategisch von den Schulaufsich-
 ten begleitet werden. Dazu gehört auch die Klärung des
 bezirklichen Konfliktes zwischen der Schaffung von Schul-
 plätzen im allgemeinbildenden Bereich auf der einen Sei-
 te und Schaffung der Oberstufenplätze auf der anderen
 Seite.

2. Gleichlaufende Förderung innerhalb der GemS/ ISS-
Säule

Sozialdemokratische Politik darf die Gemeinschaftsschu-
 len und Integrierte Sekundarschulen nicht gegeneinan-
 der ausspielen. Beide verfolgen ein gemeinsames Ziel. Un-
 ser politisches Ziel für die Zukunft bleibt die Gemein-
 schaftsschule. Jedoch gilt es die bestehenden GemS und
 ISS im Gleichschritt weiterzuentwickeln und sie zu einer
 gemeinsamen, starken dem Gymnasium gleichgestell-
 ten Säule zu entwickeln. Anknüpfend an den Beschluss
 106/I/2019 soll die Stärkung der gemeinsamen ISS/GemS-
 Säule in dieser Legislatur folgende Punkte beinhalten:

- GemS werden bei Neugründungen von Schulen be-
 sondern berücksichtigt,
- freiwillige Fusionen von Grundschulen und ISS zu
 Gemeinschaftsschulen werden von Schulaufsichten
 positiv begleitet,
- diejenigen GemS und ISS, die sich besonders der In-
 klusion widmen, bekommen entsprechende personelle
 Unterstützung,
- der Zugang zu GemS und ISS wird jeweils kritisch be-
 trachtet und ggf. im Sinne einer höheren Durchläs-
 sigkeit reformiert, **wie zum Beispiel durch die Er-
 höhung der Los Quote bei Übernachtfrage auf bis zu
 100%**

3. Neue Sozialindizes müssen her

Das sozialdemokratische Leitprinzip “Beste Schulen in
 schwieriger Lage” heißt in der Praxis, dass die finanzielle
 und personelle Ausstattung der Schulen sich an der so-
 zialen Zusammensetzung der Schülerinnen und Schüler
 orientiert. Innerhalb der letzten zehn Jahre haben wir im-
 mer wieder nach diesem Ansatz agiert: sei es die perso-
 nelle Ausstattung, die Schulen in schwieriger Lage erheb-
 lich mehr Personal zumisst, das Bonusprogramm, das den
 Schulen mehr Geld zur freien Verfügung gewährt oder die
 finanzielle Zulage für Lehrkräfte, die an Schulen in schwie-
 riger Lage arbeiten - immer bildet der Sozialindikator die
 Grundlage für die besondere Mittelzuweisung. Auch zu-
 künftig soll sich die sozialdemokratische Bildungspolitik
 an diesen Kriterien orientieren. Der aktuelle Sozialindi-
 kator LmB (der die Anzahl der bisher lernmittelbefreiten
 SchülerInnen wiedergibt) wird jedoch wegen der einge-

102 fehlerresistenten Faktor zu etablieren. Das alleinige Erfas-
 103 sen der Berlinpass-Inhaber reicht dabei nicht. Insbesonde-
 104 re soll bei der Einführung des Indikators darauf geachtet
 105 werden, dass sich der Aufwand für die Schulen im Rahmen
 106 hält und dass auch das Spektrum der Kriterien über den
 107 reinen Transferleistungsempfängerkreis hinaus geweitet
 108 wird. Als Vorbild kann dabei der Hamburger Sozialindex
 109 dienen.

110

111 **4. Schulentwicklung an Schulen in schwieriger Lage**

112 Die datenorientierte Schul- und Unterrichtsentwicklung
 113 ist das Kernstück des aktuellen Qualitätspakets der Se-
 114 natsverwaltung für Bildung. Das Ziel ist es dabei, alle Ber-
 115 liner Schulen darin zu stärken, kritisch auf die eigenen Er-
 116 gebnisse zu schauen und sich auf dieser Grundlage kon-
 117 krete, messbare Ziele für Schul- und Unterrichtsentwick-
 118 lung zu stecken. Schulen in schwieriger Lage werden je-
 119 doch mehr brauchen als nur das Indikatorenmodell. Sie
 120 brauchen zeitliche Ressourcen für ihre Lehrkräfte, profes-
 121 sionelle Begleitung und ein ausreichendes Budget, mit de-
 122 nen die Schulen selbst zu ihrer jeweiligen Situation pas-
 123 sende zusätzliche Angebote schaffen. Nur dann können
 124 sie auch die tatsächlichen Motoren der Schulentwicklung
 125 in Berlin werden, die sie laut dem Leitspruch "Beste Schu-
 126 len in schwieriger Lage" sein sollen. Die Voraussetzungen
 127 für die besondere Stärkung der Schulen in schwieriger La-
 128 ge sind bereits mit dem Haushalt 20/21 bereitzustellen.

129

130 **5. Auch für Privatschulen gilt das Sonderungsverbot**

131 Unser Grundgesetz ist eindeutig: keine - auch keine Pri-
 132 vatschule - hat das Recht Kinder aufgrund des Geldbeutels
 133 der Eltern abzulehnen. Die Landesregelungen zu Privat-
 134 schulen - sowohl im Schulgesetz als auch die Durchfüh-
 135 rungsverordnung - bilden dieses Ziel jedoch nicht adäquat
 136 ab. Im Sinne des LPT-Beschlusses 86/I/2018 gilt es daher,
 137 noch in dieser Legislaturperiode eine verbindliche Schul-
 138 geldtabelle für Privatschulen einzuführen, die sicherstellt,
 139 dass das Schulgeld vom Einkommen der Eltern abhängt
 140 und für Familien ohne Einkommen kein Schulgeld ver-
 141 langt wird. Damit stellen wir sicher, dass auch Privatschu-
 142 len für alle Familien zugänglich sind. Das Finanzierungs-
 143 modell soll zudem im Rahmen der bisher zur Verfügung
 144 stehenden Zuschüsse eine höhere Zuweisung an Privat-
 145 schulen ermöglichen, die verstärkt inklusiv arbeiten und
 146 Schüler*innen aus sozial benachteiligten Familien auf-
 147 nehmen.

148

149

fürten Lernmittelfreiheit generell wegfallen. Daher ist
 jetzt der richtige Zeitpunkt, um einen stabilen, möglichst
 fehlerresistenten Faktor zu etablieren. Das alleinige Erfas-
 sen der Berlinpass-Inhaber reicht dabei nicht. Insbesonde-
 re soll bei der Einführung des Indikators darauf geachtet
 werden, dass sich der Aufwand für die Schulen im Rahmen
 hält und dass auch das Spektrum der Kriterien über den
 reinen Transferleistungsempfängerkreis hinaus geweitet
 wird. Als Vorbild kann dabei der Hamburger Sozialindex
 dienen.

4. Schulentwicklung an Schulen in schwieriger Lage

Die datenorientierte Schul- und Unterrichtsentwicklung
 ist das Kernstück des aktuellen Qualitätspakets der Se-
 natsverwaltung für Bildung. Das Ziel ist es dabei, alle Ber-
 liner Schulen darin zu stärken, kritisch auf die eigenen Er-
 gebnisse zu schauen und sich auf dieser Grundlage kon-
 krete, messbare Ziele für Schul- und Unterrichtsentwick-
 lung zu stecken. Schulen in schwieriger Lage werden je-
 doch mehr brauchen als nur das Indikatorenmodell. Sie
 brauchen zeitliche Ressourcen für ihre Lehrkräfte, profes-
 sionelle Begleitung und ein ausreichendes Budget, mit de-
 nen die Schulen selbst zu ihrer jeweiligen Situation pas-
 sende zusätzliche Angebote schaffen. Nur dann können
 sie auch die tatsächlichen Motoren der Schulentwicklung
 in Berlin werden, die sie laut dem Leitspruch "Beste Schu-
 len in schwieriger Lage" sein sollen. Die Voraussetzungen
 für die besondere Stärkung der Schulen in schwieriger La-
 ge sind bereits mit dem Haushalt 20/21 bereitzustellen.

5. Auch für Privatschulen gilt das Sonderungsverbot

Unser Grundgesetz ist eindeutig: keine - auch keine Pri-
 vatschule - hat das Recht Kinder aufgrund des Geldbeutels
 der Eltern abzulehnen. Die Landesregelungen zu Privat-
 schulen - sowohl im Schulgesetz als auch die Durchfüh-
 rungsverordnung - bilden dieses Ziel jedoch nicht adäquat
 ab. Im Sinne des LPT-Beschlusses 86/I/2018 gilt es daher,
 noch in dieser Legislaturperiode eine verbindliche Schul-
 geldtabelle für Privatschulen einzuführen, die sicherstellt,
 dass das Schulgeld vom Einkommen der Eltern abhängt
 und für Familien ohne Einkommen kein Schulgeld ver-
 langt wird. Damit stellen wir sicher, dass auch Privatschu-
 len für alle Familien zugänglich sind. Das Finanzierungs-
 modell soll zudem im Rahmen der bisher zur Verfügung
 stehenden Zuschüsse eine höhere Zuweisung an Privat-
 schulen ermöglichen, die verstärkt inklusiv arbeiten und
 Schüler*innen aus sozial benachteiligten Familien auf-
 nehmen.